



GCE A LEVEL TAPESCRIPT

SUMMER 2019

**A LEVEL (NEW)
GERMAN - UNIT 4
1820U40-1**

**GCE A LEVEL (NEW)
GERMAN - UNIT 4**

SUMMER 2019 TAPESCRIPT

Transcript 1

Diversity in Landauer Betrieben

- Kommentator:** Die Stadt Landau engagiert sich für Diversity, also für Vielfalt in ihren Unternehmen. Drei Mitarbeiter, nämlich Fulia, Nasi und Elisabeth profitieren von der neuen Initiative, die Toleranz, Akzeptanz und Vielfalt zum Ziel hat.
Fulia Zaradi ist eine Auszubildende im Bereich Veranstaltungstechnik, was ein männerdominierter Bereich ist.
- Fulia:** Hier wurde ich super aufgenommen, hier waren alle toll. Aber ich kann mir schon vorstellen, dass es auch Betriebe gibt, in denen Vorurteile herrschen, wie zum Beispiel „Frauen und Technik“, dass die Frauen nicht so viel tragen können und einfach nicht so viel Kraft haben wie Männer.
- Kommentator:** Auch Nasi Mansuri profitiert von Verständnis und Wertschätzung. Er arbeitete in seinem Heimatland als Techniker, bis die Taliban das für ihn unmöglich machten und er fliehen musste.
- Nasi:** Ich komme aus Afghanistan. Ich bin der erste Moslem im Betrieb. Wenn ich während des Ramadan tagsüber nichts esse oder trinke, zeigen meine Kollegen viel Verständnis für mich.
- Kommentator:** Elisabeth Beckmann ist mit 62 die älteste unter den Kollegen, sie arbeitet als Putzfrau in einem Freizeitbad. In ihrem Fall bedeutet Diversity, dass ihr Arbeitgeber Rücksicht auf ihr Alter und ihre Wünsche nimmt. Früher war sie dort auch an der Kasse, aber das wurde ihr zu viel.
- Elisabeth:** Ich habe den Chef gefragt, ob ich nicht wieder als Reinigungskraft arbeiten kann und er hat glücklicherweise zugesagt. Ich kann mir hier meine Arbeit einteilen, und wenn es mir zu viel wird, dreh ich mich um und geh weg.
- Kommentator:** Fulia, Nasi und Elisabeth sind zufriedene Mitarbeiter, weil man sie schätzt und tolerant behandelt.

Transcript 2

Solidaritätszuschlag

Der Solidaritätszuschlag, auch Soli genannt, war 1990 unter Bundesfinanzminister Waigel eingeführt worden. Mit dem Soli sollte der wirtschaftliche Neuanfang der neuen Bundesländer unterstützt werden. Anfangs mussten die Bundesbürger 7,5% ihres Einkommens für den Soli abgeben. Seit 1998 beträgt der Soli 5,5 Prozent. Jetzt wird diskutiert, ihn auf 2,5 Prozent zu senken.

Prominente Politiker wollen jetzt den Soli abschaffen. Sie argumentieren, dass die Brennpunkte jetzt auf ganz Deutschland verteilt sind. Nicht nur Chemnitz und Leipzig brauchen Hilfe, auch Gelsenkirchen und Bremerhaven kommen ohne Unterstützung nicht mehr aus der Armut heraus. In vielen deutschen Städten mussten Schwimmbäder oder Bibliotheken geschlossen werden, weil einfach nicht genug Geld in der Haushaltskasse war. Anfang der 90iger Jahre waren die Straßen in Ostdeutschland in einem schlechten Zustand. Nun gibt es auch im Westen viele Straßen und Autobahnen, die ausgebessert werden müssen.

Manche Politiker schlagen deshalb vor, das mit dem Soli eingenommene Geld deutschlandweit einzusetzen. Den Vorschlag sieht Waigel kritisch: „Neue Aufgaben müssen klar definiert und aus allgemeinen Steuereinnahmen finanziert werden.“ Das kann nicht über den Soli geregelt werden. Andere Politiker stimmen für die Abschaffung des Soli, aber für einen besseren Finanzausgleich zwischen den einzelnen Bundesländern. Das würde bedeuten, dass die reicheren Bundesländer ärmere Bundesländer mehr finanziell unterstützen müssten.

Transcript Question 3

Diskriminierung von Behinderten

- Reporter:** Ina, Sie sind die Betreuerin von Pascal und helfen ihm, ein mehr oder weniger normales Leben zu führen. Welche Probleme hat Pascal im Alltag?
- Ina:** Pascal ist sprachbehindert und hat Lernschwierigkeiten, ich muss ihm deshalb bei fast allen Angelegenheiten helfen. Er hat aber auch eigene Meinungen, interessiert sich für Politik, erkennt wichtige Politiker verschiedener Parteien und kann auch CDU, SPD, Grüne, Linke und die FDP auseinander halten.
- Reporter:** Und doch darf Pascal bei der nächsten Bundestagswahl nicht seine Stimme abgeben. Wie denken Sie darüber, und natürlich, wie denkt Pascal darüber?
- Ina:** Ich denke, dass das eine klare Diskriminierung ist, besonders weil Pascal an der Landtagswahl in Nordrhein – Westfalen teilnehmen durfte. Pascal findet es auch ganz schlecht, dass er von der Bundestagswahl ausgeschlossen ist.
- Reporter:** Ich habe gelesen, dass nur ungefähr 85.000 Menschen nicht zur Wahl gehen dürfen, das ist doch keine besonders hohe Zahl.
- Ina:** Es geht aber hier um das demokratische Prinzip. Das Grundgesetz sagt, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden sollte.
- Reporter:** Das ist natürlich richtig, aber ich frage mich, wie der deutsche Staat diese Behandlung von Behinderten rechtfertigen kann.
- Ina:** Es gibt eine Bestimmung aus dem Jahre 1956, die besagt, dass Menschen, die überall Hilfe benötigen, nicht zur Bundestagswahl zugelassen werden können.
- Reporter:** Vielleicht besteht auch die Angst, dass ein Wahlbetrug passieren könnte, da ja in den meisten Fällen der Betreuer das Kreuz auf dem Stimmzettel machen muss.
- Ina:** Pascal kann alleine sein Kreuz auf dem Stimmzettel machen und ich glaube auch, dass viele andere Behinderte das können.
- Reporter:** Sie sagten, dass Pascal lernbehindert ist, versteht er denn wirklich den Stimmzettel?
- Ina:** Wir haben vor der Landtagswahl mit einer Kopie des Stimmzettels geübt und Pascal wusste genau, was er tun musste.